



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 24.06.2025 – Auszug aus Drucksache 19/7276 –

Frage Nummer 12

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Benjamin Nolte** (AfD) Angesichts der Zunahme der Gewaltkriminalität im Münchner Nahverkehr um 18,9 Prozent im Jahr 2024, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um die Sicherheit in Bahnhöfen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen, wie bewertet die Regierung die Ursachen für den Anstieg der Gewaltkriminalität, insbesondere in Bezug auf migrationspolitische Entwicklungen und sind zusätzliche Mittel für Sicherheitskräfte oder Überwachungssysteme geplant, um sogenannte Angsträume zu beseitigen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der bundeseigenen Eisenbahnen (Schienennetz, Bahnhöfe sowie Haltepunkte) ist die Bundespolizei zuständig. Dies betrifft im Bereich München insbesondere den Regionalbahn- und S-Bahnverkehr sowie die dazugehörigen Bauwerke der Deutschen Bahn AG (DB).

Die vorliegenden statistischen Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ermöglichen keinen konkreten Rückschluss auf eine Einzelursache. Bei steigenden Fallzahlen sind neben einer echten Kriminalitätsänderung insbesondere auch Aspekte wie Verschiebungen zwischen Hell- und Dunkelfeld beispielsweise durch erhöhte polizeiliche Präsenz zu betrachten.

Unabhängig von der Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen kommt einer konsequenten Strafverfolgung große Bedeutung zu. Im Falle ausländischer Straftäter gilt generell, dass die schnellstmögliche Aufenthaltsbeendigung höchste Priorität beim Vollzug von Rückführungsmaßnahmen besitzt. Die Abschiebung von Straftätern dient dabei in erster Linie dem Schutz der Allgemeinheit und der Aufrechterhaltung der hiesigen öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Um eine schnelle und konsequente Aufenthaltsbeendigung gerade schwer straffälliger Ausländer sicherzustellen, wurde beim Landesamt für Asyl und Rückführung (LfAR) bereits 2018 eine Task Force Straftäter eingerichtet. Diese Task Force ergreift in enger Zusammenarbeit mit anderen beteiligten Stellen wie Ausländer-, Polizei- und Justizbehörden alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten, um in entsprechenden Fällen aufenthaltsbeendende Maßnahmen im Rahmen des rechtlich und tatsächlich Möglichen zeitnah durchzusetzen. Im ersten Quartal 2025 waren rund 40 Prozent der durch bayerische Behörden abgeschobenen Personen rechtskräftig verurteilte Straftäter.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum genießt hohe Priorität. Zur weiteren Verbesserung der Sicherheit an bayerischen Bahnhöfen und auch in deren Umfeld wurde durch die Bayerische Polizei die Arbeitsgruppe „Bayern. 360° Sicherheit.“ beim Polizeipräsidium Mittelfranken eingerichtet. Die durch die AG empfohlenen Maßnahmen werden bereits an den bayerischen Bahnhöfen (insbesondere in München, Nürnberg und Regensburg) umgesetzt. Die AG prüft zudem weitere Optimierungen im Bereich der Videoüberwachung. Zur Modernisierung und zum bedarfsgerechten, punktuellen Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wurden der Bayerischen Polizei über den Nachtragshaushalt 2025 3,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Um potenzielle Angsträume im öffentlichen Raum gar nicht erst entstehen zu lassen und um die objektive Sicherheitslage sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Bereich des ÖPNV zu verbessern, werden beispielhaft die folgenden Maßnahmen getroffen bzw. intensiviert:

- Verstärkung der gemeinsamen Fußstreifen mit der Bundespolizei (im Bereich der Bahnhöfe und Haltepunkte) bzw. der U-Bahnwache München (im Bereich des U-Bahnnetzes München)
- regelmäßige Konzept- und Unterstützungseinsätze, auch unter Einbindung geschlossener Einheiten der Bereitschaftspolizei
- Einsatz von Diensthunden zur Absuche des Bahnhofsumfeldes nach Drogenverstecken
- Prüfung von Alkoholkonsumverboten, Cannabisverbots- sowie Waffenverbotszonen in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen
- Steigerung der Präsenz im öffentlichen Raum durch die Erweiterung der Bayerischen Sicherheitswacht
- Einsatz eines modernen und teilautomatisierten Lage-Analysetools (LIMA360°)
- offener Einsatz und Ausbau der polizeilichen Videoüberwachung an Brennpunkten.